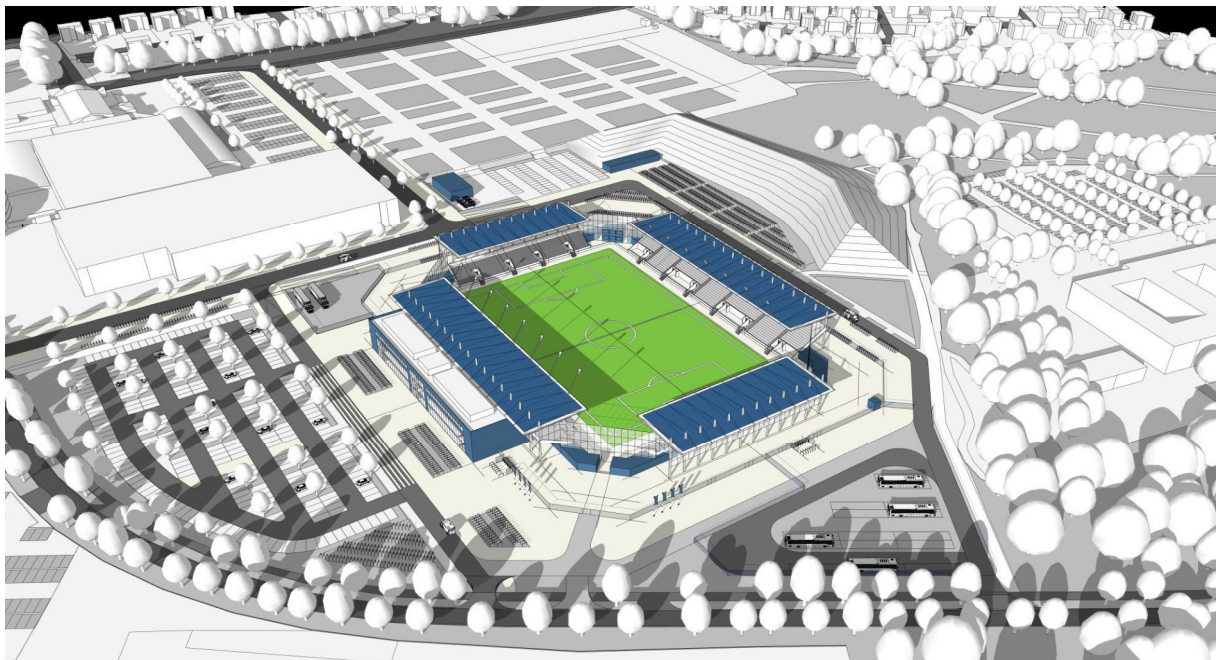


Ratsreport – März 2024

Stadion: Debatte geht in finale Runde



So könnte es aussehen: Das Modell eines neuen Stadions an der Maastrichter Straße.

Bild: AS + P

Es ist wie beim Fußball: Wenn die Schlussphase anbricht, wird es spannend. Auch in der Stadiondebatte in Oldenburg naht nach langem Vorlauf die Entscheidung. Auf der Ratssitzung am 15. April geht es um Ja oder Nein zum Bau einer drittligatauglichen Arena in der Maastrichter Straße. Anfang März hat die Verwaltung die noch ausstehenden Gutachten und darauf basierend ihre Beschlussvorlage präsentiert. Um im Fußball-Jargon zu bleiben: Ob die Vorlage verwandelt wird, ist nun Sache der Politik, bei der jetzt der Ball liegt.

„Für uns als CDU geht es nach wie vor darum, wie hoch der städtische Zuschussbedarf pro Jahr sein wird“, sagt der Fraktionsvorsitzende Christoph Baak: „Hier benötigen wir Klarheit.“ Über die vorgelegten Zahlen zu Kosten, Erträgen, Zins und Tilgung berät die Fraktion derzeit intensiv und wird die offenen Fragen in den kommenden Ausschusssitzungen ansprechen.

Die Baukosten für eine neue Arena mit 7.500 Zuschauern und Ausbaupkapazität auf 10.000 liegen laut Verwaltung bei rund 47 Millionen Euro. Für die jährliche Belastung werden verschiedene Szenarien je nach Größe, Zinslast und Ligazugehörigkeit berechnet. Sie reicht



Bild: Sonja Winzer/Pixelio.de

Der Fahrplan bis zur Entscheidung:

Dienstag, 2. April, 17 Uhr

Finanzausschuss in gemeinsamer Beratung
mit Sportausschuss
PFL, Peterstraße 3

Mittwoch, 3. April, 17 Uhr

Verkehrsausschuss (Sondersitzung)

Montag, 8. April, 17 Uhr

Ausschuss für Wirtschaftsförderung

Mittwoch, 10. April, 19.30 Uhr

Öffentliche Informationsveranstaltung
BBS 3, Maastrichter Straße

Donnerstag, 11. April, 17 Uhr

Bauausschuss in gemeinsamer Beratung
mit Umweltausschuss

Montag, 15. April, 18 Uhr

Ratssitzung
Weser-Ems-Halle

demnach von 1,68 bis 2,9 Millionen Euro. Offen ist noch, ob bei einem Fassungsvermögen von 10.000 Zuschauern ein zusätzliches Parkdeck gebaut werden muss, das den Bau um etwa 11 Millionen Euro verteuern würde.

Keine Verzögerungstaktik

„Bei aller grundsätzlichen Sympathie für einen Stadionneubau ist die finanzielle Belastung des städtischen Haushalts für uns das entscheidende Kriterium“, kündigt Baak an: „Dafür tragen wir als gewählte Vertreterinnen und Vertreter die Verantwortung.“ Aus diesem Grund hat sich die Fraktion auch gegen eine von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Einwohnerbefragung ausgesprochen. Diese wäre einerseits rechtlich nicht bindend und würde andererseits die Entscheidung auf die lange Bank schieben, begründet die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann, die eine zeitnahe Entscheidung begrüßt: „Verzögerungstaktik, Zeitspiel und Verlängerung kommen für uns nicht in Frage.“

Weitere Informationen zu den einzelnen Gutachten und Berechnungen auf der Homepage der Stadt Oldenburg unter www.oldenburg.de

2

Schulbezirke: Fraktion fordert mehr Flexibilität

Mit ihrem Kompromissvorschlag für mehr Familienfreundlichkeit bei der Anpassung der städtischen Grundschulbezirke hat die CDU-Fraktion im Schulausschuss eine wichtige Debatte angestoßen. „Auch wenn unser Antrag laut Verwaltung aus formalen Gründen nicht umsetzbar ist, haben wir wichtige Argumente eingebracht“, sagt die Fraktionsvorsitzende Dr. Esther Niewerth-Baumann. Letztlich hat die Fraktion ihren Antrag zurückgezogen und gegen die Verwaltungsvorlage gestimmt.

„Wenn jedes Jahr erhebliche Anpassungen an den Schulbezirken vorgenommen werden müssen, zeigt das die Schwächen dieses Modells auf“, begründet Niewerth-Baumann. Denn auch bei der aktuellen Neufassung dürften wieder einige Kinder aus Nachbarschaften getrennt



Gemeinsamer Schulweg: Die CDU-Fraktion fordert mehr Familienfreundlichkeit.
Bild: Günter Havlena/Pixelio.de

und verschiedenen Schulen zugeordnet werden. Der Fall könnte eintreten in den Straßen Marschweg, Sodenstich, Sandfurter Weg und Thomasburg. Das kann sogar dazu führen, dass Geschwister im ungünstigsten Fall unterschiedliche Schulen besuchen müssen. Genau an diesem Punkt setzt der CDU-Vorschlag an. Unter bestimmten Voraussetzungen – Nachbarschaften, Geschwisterkinder und sogenannte Modellschulen – sollten Eltern mehr Wahlmöglichkeiten eingeräumt

werden. Die gewünschte Flexibilität und die daraus resultierenden Ausnahmen lässt das Niedersächsische Schulgesetz jedoch nach Aussage der Verwaltung nicht zu. „Das ist bedauerlich, denn dadurch werden Eltern weiterhin versuchen, die Schulbezirke auf andere Weise zu umgehen“, kritisiert Niewerth-Baumann.

Zwar ist jede Kommune in Niedersachsen verpflichtet, Schulbezirke vorzugeben, doch können diese auch weniger kleinteilig ausfallen, wie Ratsfrau Annika Eickhoff bemerkt. Demnach kann ein Schulbezirk auch mehrere Schulen umfassen oder die gesamte Stadt zu einem Schulbezirk erklärt werden wie etwa in Wolfsburg. „Wir werden das Thema weiterverfolgen und mit Sicherheit auch künftig Änderungsvorschläge einbringen“, kündigt Eickhoff Gespräche mit der Verwaltung an: „Als familienfreundliche Stadt müssen wir bei diesem Thema flexibler werden.“

3

Baumfällungen: Fraktion fragt nach

Das ist im wahrsten Sinne eine Menge Holz: 80 Bäume an fünf Standorten im öffentlichen Raum sollen in den kommenden Wochen in Oldenburg fallen, wie die Verwaltung im Umweltausschuss mitteilte. Grund sind diverse Baumaßnahmen, welche die Fällaktionen „alternativlos“ machten. „Das ist sehr bedauerlich, da allein am Sandweg 56 Bäume weichen müssen“, sagt Barbara Woltmann, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion.

Wohlgemerkt stellt sich die CDU nicht gegen die einzelnen Projekte wie den Ausbau des Sandwegs oder das Bürgerhaus in Ofenerdiek. Unter baulichen Aspekten seien die jeweiligen Begründungen nachvollziehbar. „Die Stadt sollte aber noch mehr auf den Erhalt gewachsener Straßenbäume im öffentlichen Raum achten und versuchen, bei Baumaßnahmen möglichst viele Bäume zu schützen“, fordert Woltmann mehr Sensibilität bei diesem Thema. Gerade im Hinblick auf die geplante Baumerhalt- und Entwicklungsstrategie werde diese auch von den Privateigentümern erwartet. „Was wir von den Bürgerinnen und Bürgern verlangen, sollte auch die Stadt selbst vorleben“, meint die CDU-Ratsfrau.

Ohnehin genießen Umwelt- und Naturschutz unter den meisten Oldenburger Eigentümern und Gartenbesitzern eine hohe Priorität, wie Woltmann betont: „Somit sollte auch die Stadt bei jeder Baumaßnahme den größtmöglichen Schutz von Bäumen und Stadtgrün immer im Auge behalten.“ Dennoch begrüßt die CDU-Fraktion den Ausgleich durch großzügige Ersatzpflanzungen an anderer Stelle.

Bürgersprechstunde im Alten Rathaus



Bild: Stadt Oldenburg

Die Fraktion hat ihre Bürgersprechstunden in diesem Frühjahr terminiert. Die nächste findet statt am Freitag, 12. April, von 16 bis 17 Uhr mit Petra Averbeck und Hans-Georg Heß. Am Freitag, 31. Mai, treten Barbara Woltmann und Klaus Raschke von 15 bis 17 Uhr mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog. Wir freuen uns auf Fragen, Ideen, Kritik und Anregungen und hoffen auf zahlreiche Gäste im Fraktionsbüro im Alten Rathaus.

Rat fasst Resolution gegen Rechtsextremismus

Eine gemeinsame Resolution für Demokratie, Solidarität und eine vielfältige Stadtgesellschaft und damit gegen Rechtsextremismus haben die demokratischen Fraktionen, Gruppen und Einzelmitglieder des Stadtrates in ihrer Februar-Sitzung beschlossen. „Oldenburg ist weltoffen. Menschen aus anderen Ländern mit anderen Wurzeln bereichern das Zusammenleben in unserer Stadt. Ohne diese Vielfalt ist Oldenburg nicht vorstellbar und würde auch nicht funktionieren“, betont Fraktionschef Christoph Baak und appelliert an die Bürgerinnen und Bürger, dem Rechtsextremismus auch an der Wahlurne eine Absage zu erteilen: „Gehen Sie zur Wahl, wählen Sie demokratisch, denn die Grenze des Anstands verläuft nicht zwischen Regierung und Opposition, sondern zwischen Demokraten und Antidemokraten.“

Nachzulesen ist die Resolution auf unserer Internetseite www.cdu-fraktion-oldenburg.de



Bild: Pixelio.de/Gänseblümchen

*Die CDU-Fraktion wünscht Ihnen/Euch
erholsame Osterferien und
schöne Feiertage.*